



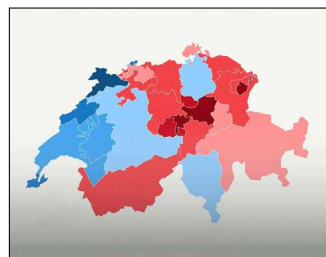
Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra

Aktuell

Droht uns EU-Blindheit?



Nr. 12 | JULI 2025



Es führt kein Weg am
Ständemehr vorbei

Seite 3



Wir dürfen nicht zulassen,
dass unsere Verfassung hin-
terrücks ausgehebelt wird

Seite 9



Wer soll das letzte
Wort haben?

Seite 10



Pro Schweiz zu sein heisst Pro Sonderfall zu sein

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Seit dem Abstimmungskampf über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) argumentieren die Pro-EU-Kräfte, ohne eine Integration in den EU-Binnenmarkt sei die Schweiz verloren. Die besonnenen, verantwortungsbewussten Bürgerinnen und Bürger der Schweiz wundern sich und kommen ins Grübeln.

Die Schweiz ist ein weltoffenes Land, das weltweit mit möglichst vielen Volkswirtschaften und Wirtschaftsräumen Handel betreibt. Gleichzeitig fördert sie weltweit den wissenschaftlichen Austausch. Aber die Schweiz ist und bleibt ein Sonderfall. Wäre sie das nicht, so gäbe es die Schweiz nicht mehr!

Die Schweiz setzt sich für offene Wirtschaftsbedingungen ein und hat zum Beispiel ihre Industriezölle faktisch abgeschafft. Der Marktzugang zum EU-Binnenmarkt ist so oder so gegeben. Das Freihandelsabkommen von 1972 regelt das grundsätzlich. Vor allem die EU-Statthalter in Bundesbern wollen einen «präferenziellen», einen bevorzugten Zugang. Das tönt ja gut. Aber die Frage ist, wie hoch der Preis dafür ist, wer das letzte politische Wort hat und welche «Schlüssel» wir abgeben würden. Die USA, China und Indien haben auch Handelsbeziehungen mit der EU und damit einen Marktzugang in die EU. Würden sie sich dafür von der EU vorschreiben lassen, wie sie ihr Land zu regieren haben? Sicher nicht!

Am Freitag, 13. Juni 2025, hat Bundesrat Ignazio Cassis die Vernehmlassung zum EU-Vertragspaket eröffnet. Etwas salopp ausgedrückt: «Was für ein Affentheater!». Erinnern wir uns: Ende 2024 zelebrieren EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und die damalige Bundespräsidentin Viola Amherd den Verhandlungsabschluss. Anschliessend entscheidet die Bundesratsmehrheit, gestützt auf ein rein juristisches Gutachten, dass im Departement von Bundesrat Jans verfasst wurde, es brauche für das EU-Vertragspaket kein obligatorisches Referendum, also kein

Ständemehr. Das Gutachten war den EU-Kräften im Bundesrat gefällig. Dann folgte das unwürdige Versteckspiel um die Vertragsinhalte. Schliesslich unterschrieb der Bundesrat das EUPA – EU-Programmabkommen. Damit kann die Schweiz ab sofort wieder am EU-Forschungsprogramm Horizon teilnehmen. Aber das Abkommen wird wieder ausgesetzt, wenn der Schweizer Souverän nein zum Verhandlungspaket sagen wird. Dieses souveränitätspolitische Unding – Erpressung – lässt sich die EU vergolden. Sie erpresste von der Schweiz nur für das laufende Jahr 666 EUPA-Millionen.

Pro Schweiz wird ihre Vernehmlassungsantwort sorgfältig vorbereiten. Eine von ihr gebildete «Jury» mit Experten wird die rund 1'000 Seiten durcharbeiten. Klar ist: Ein so umfangreiches Vertragswerk hat Auswirkungen auf die Souveränität, Gesetzgebung, direkte Demokratie und Gerichtsbarkeit. Auch klar ist, dass wir bereits wissen, dass die dynamisch-automatische Übernahme von EU-Recht und die «demokratische Kontrolle» durch den EU-Gerichtshof unüberwindbare Hürden für die Schweiz sind.

Ich wünsche Ihnen eine erholsame Sommerzeit, auch wenn wir uns eine entspanntere «Sommerlektüre» wünschten als von der EU vorgegebene Richtlinien und Regulierungen, die unsere erfolgreiche Schweiz in die Zwangsjacke Brüssels zwingen sollen.



Die Vernehmlassungsunterlagen
finden Sie auf dem QR-Code

Und werben Sie aktiv in Ihrem Bekanntenkreis für Mitglieder von Pro Schweiz! Je mehr, desto besser! Kämpfen wir für die Beibehaltung des Sonderfalls Schweiz!

Ihr Dr. med. Stephan Rietiker
Präsident Pro Schweiz

Jetzt Pro Schweiz
Mitglied werden!



ISSN 2234-9723
Redaktionsschluss
dieser Ausgabe:
10. Juni 2025
**Redaktion
Pro Schweiz**
Postfach
3822 Lauterbrunnen
Tel. 031 356 27 27
redaktion@
proschweiz.ch

LEGATE

In einem Testament bestimmen Sie über Ihren Tod hinaus, was mit Ihrem Sparguthaben, Ihren Wertschriften und Liegenschaften geschehen soll. Wenn Sie Pro Schweiz berücksichtigen, unterstützen Sie unsere Arbeit zum Erhalt der freien und neutralen Schweiz.
Herzlichen Dank.

Nimmt man die Verfassung, die EU-Verträge und die Demokratie ernst, führt kein Weg am Ständemehr vorbei



Katharina Fontana

Bundeshausredaktorin der NZZ (Neue Zürcher Zeitung)

Der Bundesrat will in der Europafrage den Weg des geringeren Widerstands gehen und auf das Ständemehr verzichten. Das Parlament sollte anders entscheiden – wie bei der EWR-Abstimmung.

Als Ignazio Cassis kürzlich verkündete, dass der Bundesrat für die EU-Verträge kein Ständemehr wolle, brachte er eine ganze Reihe von Argumenten vor. Die Zollpolitik von Donald Trump kam dabei ebenso vor wie der Export von Schweizer Hüftprothesen, die Widrigkeiten in der Welt wurden ebenso erwähnt wie Rechtslehre und frühere Urnengänge. Und je länger der Aussenminister redete, desto offensichtlicher wurde, was er schliesslich selber einräumt: Die sieben Bundesräte haben politisch-taktisch entschieden. Wer von ihnen für die Abkommen ist, wollte kein Ständemehr. Wer dagegen ist, wollte ein Ständemehr. Der Rest ist wortreiche Verpackung.

Gefehlt hat bei Cassis' Erläuterungen das Einfachste, das Banalste: eine Erklärung dafür, warum Verträge, die besonders wichtig sind und die das Land seit Jahren umtreiben, kein doppeltes Mehr benötigen sollen. Weder Schweizer Hüftprothesen noch Trumps Zollpolitik noch formalistische Ausführungen zu früheren Abstimmungen können den Verzicht auf das doppelte Mehr begründen. Es geht dabei nicht bloss um irgendein diffuses Bauchgefühl von hypersensiblen Eidgenossen,

bei weitem nicht. Es gibt handfeste staatspolitische Gründe, die das Ständemehr verlangen.

Freie Abstimmungen sehen anders aus

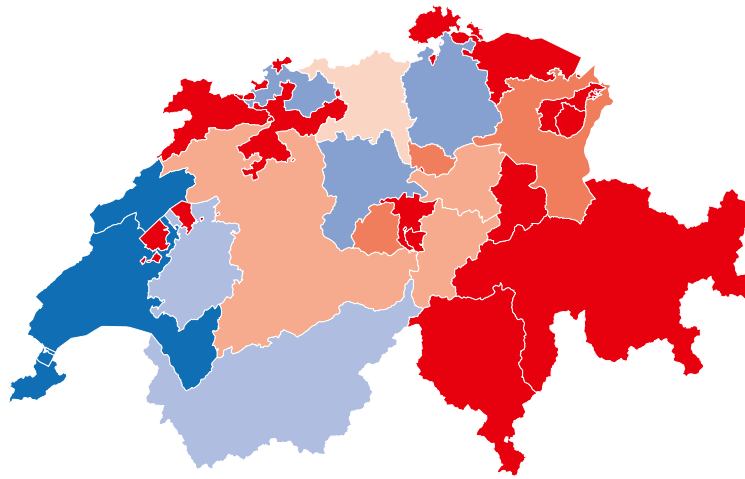
Erstens: Die institutionelle Anbindung an die EU wird das Land verändern. Die Schweiz verpflichtet sich dazu, bei der Zuwanderung oder beim Verkehr und später auch in anderen Bereichen laufend neues EU-Recht zu übernehmen. Das Gesetzesreferendum gibt es zwar noch, die Schweiz kann Nein sagen, doch tut sie das, wird sie so lange sanktioniert, bis sie einlenkt. Freie Abstimmungen sehen anders aus. Nicht nur die direkte Demokratie wäre betroffen, auch das Parlament hätte weniger zu sagen – wozu noch ein Vernehmlassungsverfahren durchführen oder eine Ratsdebatte abhalten, wenn schon im Voraus feststeht, wie die Regelung aussehen muss? Die Schweiz müsste Einbussen an Souveränität hinnehmen, die weit über das hinausgehen, was heute schon üblich ist. Das alles ist sehr wichtig. Es hat Verfassungsrang.

Zweitens: Wenn man die Verfassung, die Verträge und die Demokratie ernst nimmt, führt kein Weg am Ständemehr vorbei. Die EU-Verträge stehen faktisch über der Verfassung, sie werden bestehendes und künftiges Schweizer Recht brechen. Widersprechende Volksinitiativen dürfen zwar noch eingereicht werden, doch umgesetzt werden sie nicht – siehe die Initiative gegen



Die Schweiz müsste Einbussen an Souveränität hinnehmen, die weit über das hinausgehen, was heute schon üblich ist.

Das Ständemehr ist einer der wichtigsten Garanten dafür, dass die Schweiz keine unverantwortlichen oder unrealistischen Entscheide fällt.



die Masseneinwanderung. Es ist absehbar, dass solche Konflikte zunehmen werden. Warum sollen Abkommen, die derart bedeutend sind, an der Urne günstig zu haben sein? Wieso soll die Schweiz weitreichende Völkerrechtsverträge abschliessen, die der Verfassung vorgehen, ohne dazu die Einwilligung von Volk und Ständen – dem Verfassungsgeber – einzuholen? Das ist nicht nur widersinnig, sondern auch unehrlich gegenüber dem Stimmvolk. Oder um den Staatsrechtler Andreas Kley zu zitieren: «Die Politik soll offen sagen, was auf das Land zukommen wird.»

Daran ändert auch nichts, dass innerhalb der Konferenz der Kantonsregierungen, der KdK, gegen das Ständemehr agitiert wird. Die KdK ist kein Ersatz für die Kantonsparlamente oder für die Stände. Die KdK ist institutionell gar nicht vorgesehen, gewählt ist sie nicht, von Demokratie kann bei ihr keine Rede sein. Gleichwohl tritt sie im Europadossier mit dem Anspruch auf, für «die Kantone» zu sprechen. Die Gegensätze, die es in der Europafrage zwischen den Kantonen gibt, werden zugedeckt; statt Vielfalt gibt es eine Einheitsmeinung eines Zentralorgans. 26 Kantone – eine Stimme: Was hat das mit Föderalismus zu tun?

Kurzsichtige Bürgerliche

Kritiker sind besorgt, dass kleine, aussenpolitisch konservative Kantone die grossen Wirtschaftsmotoren in ihrem Fortkommen behindern würden – dies zum Schaden des ganzen Landes, das nicht prosperieren könne. Oder salopp gesagt: Hinterwäldler vom Land bremsen die Leistungsträger aus der Stadt. Wirklich? Der Wohlstand der Schweiz hat wesentlich mit ihrer politischen und gesellschaftlichen Stabilität zu tun. Politiker kommen und gehen, der Zeitgeist wandelt sich, die Institutionen bleiben. Der Föderalismus und die direkte Demokratie sind die zwei Charaktermerkmale der Schweiz schlechthin, sie machen das Land verlässlich und bürgernah. Das Ständemehr ist einer der wichtigsten Garanten dafür, dass die Schweiz keine unverantwortlichen oder unrealistischen Entscheide fällt.

So dürften viele bürgerliche EU-Freunde froh gewesen sein, dass die linke Konzernverantwortungsinitiative 2020 dem doppelten Mehr unterstand. Die Leistungsträger aus der Stadt fanden die Initiative nämlich eine tolle Idee, sie scheiterte nur dank den Hinterwäldlern vom Land. Auch der Abstimmung über die Juso-Initiative für eine Erbschaftssteuer kann die Schweiz nur deshalb so gelassen entgegensehen, weil es das Ständemehr gibt. Man darf darauf vertrauen, dass die konservativen Deutschschweizer Kantone Nein sagen werden.

Es kommt denn auch nicht von ungefähr, dass sich vor allem die politische Linke am Ständemehr stösst und es «modernisieren» oder gerade ganz entsorgen will. Ohne Ständemehr wird die Schweiz mit Sicherheit sozialistischer werden. Der Staat wird sich ausbreiten, die Umverteilung wird zunehmen, die Steuern werden steigen. Man muss sich bloss ansehen, wie hoch in der Vergangenheit in der welschen Schweiz und in den progressiv-linken Deutschschweizer Städten die Zustimmung zu Sozialausbau jeder Art war. Hier braucht es ein Gegengewicht. Die Bürgerlichen, die wegen der Europafrage nun plötzlich das «Ein Appenzeller wiegt so viel wie vierzig Zürcher, und das geht gar nicht»-Argument bringen und das Ständemehr anzweifeln, machen letztlich das Spiel der Linken mit.

Die EWR-Abstimmung als Vorbild

Es ist auch keineswegs so, dass das Ständemehr eine praktisch unüberwindbare Hürde bildete. Stützt man sich auf die Erfahrungen der vergangenen Europa-Abstimmungen, so dürfte eine Volksmehrheit von 55 bis 58 Prozent genügen, damit das Ständemehr erreicht wird (für den Beitritt der Schweiz zur Uno 2002 reichte eine Mehrheit von nicht einmal 55 Prozent). Das Ständemehr entspricht so gesehen einem qualifizierten Mehr.

Bei einem Schicksalsentscheid wie der institutionellen Anbindung an die EU ist ein qualifiziertes Mehr richtig. Eine maximal knappe Mehrheit kann nicht genügen.

Man stelle sich vor, die EU-Verträge würden mit 50,3 Prozent der Stimmen angenommen. Es gäbe wohl keine Aufstände, keine Protestmärsche nach Bern, das Bundeshaus würde nicht gestürmt. Doch das Gefühl, von der politischen Elite hintergangen und verkauft worden zu sein, würde sich in breiten Kreisen der Bevölkerung verstärken. Wenn die politischen Instanzen die Beziehung zur EU auf eine höhere Ebene heben wollen, wenn sie diesen «Quantensprung», wie ihn der Historiker Tobias Straumann nennt, als richtig erachten, dann muss das so gut legitimiert sein wie nur möglich. Diese Legitimation kann nur das doppelte Mehr bieten.

Der Bundesrat hat sich vorzeitig festgelegt, ohne Not. Doch das Parlament hat es in der Hand, es richtig zu machen. Es kann die EU-Verträge freiwillig dem obligatorischen Referendum mit doppeltem Mehr unterstellen, dem Referendum sui generis. Der Bundesrat hat klargemacht – immerhin das –, dass diese Möglichkeit offensteht und es sich nicht um ein «verfassungswidriges» Vorgehen handeln würde, wie es das Bundesamt für Justiz in einem Gutachten falsch behauptet hatte.

Daneben gibt es eine weitere Möglichkeit, die bei der Abstimmung über den EWR-Beitritt 1992 gewählt wur-

de. Auch damals wurde leidenschaftlich über die Frage des Ständemehrs gestritten. Bundesrat und Parlament lösten das Problem, indem sie den EWR-Entscheid erstens freiwillig dem doppelten Mehr unterstellten und zweitens ein paar nebensächliche Verfassungsänderungen in den Beschluss aufnahmen, die das Ständemehr benötigten – das doppelte Mehr wurde sozusagen doppelt gesichert. Das Parlament sollte dies auch bei der institutionellen Anbindung tun. Es gibt durchaus Bestimmungen in der Bundesverfassung, die von den EU-Abkommen tangiert werden.

Schliesslich entbehrt es nicht der Ironie, wenn sich ein Teil der Europafreunde laut über das föderalistische Ständemehr beklagt und fordert, die Demokratie sei stärker zu gewichten. Sie tun dies ausgerechnet bei Verträgen, die ihrerseits die demokratischen Rechte des Volkes spürbar und unwiederbringlich beschneiden würden. Die grössten vorgeblichen «Demokratiefans» sind jene, die am eifrigsten an ihrer Einschränkung arbeiten.

Der Beitrag erschien als Kommentar in der NZZ vom 26.05.2025

Anzeige

GOAL GLOSSAR



Botschaft

Botschaft

abgel. v. «Bote»; <lat.> nuntius (Bote, Botschaft)

Ohne klare und verständliche Botschaft kein Wahl- oder Abstimmungserfolg. Denn die Botschaft überbringt die Kernaussage Ihres Anliegens. Wir verleihen Ihrer Botschaft Flügel, damit Sie schnell Ihr Ziel erreichen.

Wir helfen Ihnen dabei ...

Wir freuen uns auf Sie!

Nicola Tinner, Geschäftsführer
Alexander Segert, Agenturinhaber
8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch



AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg





www.swiss-classic-car.ch
verkauf | restauration | service

industriestrasse 10 | 8117 fällanden | 044 701 22 44

**Ihr Schweizer-KMU-Partner
für Kopierer, Drucker,
Scanner und Digitalisierung.**



www.reinmann-dl.ch

**Flugplatz 8
3368 Bleienbach**





Marco Chiesa

Ständerat und Stadtrat von Lugano

Ohne obligatorisches Referendum wird unsere Demokratie zur Farce

Der Bundesrat hat am 30. April 2025 entschieden, die Verträge mit der EU nur dem fakultativen Referendum zu unterstellen, also ohne Ständemehr. Er stützt sich auf ein verwaltungsinternes Rechtsgutachten aus dem Bundesamt für Justiz. Zudem ist der Bundesrat der Meinung, das sei verfassungsrechtlich und die politische tragfähigste Lösung. Was meint er damit, sind die Kantone eine Gefahr für die Demokratie?

Es ist der Bundesrat, der die direkte Demokratie in unserem Land bedroht, nicht die Kantone. Er spricht von einer «nachhaltigen Lösung», um einen Akt des reinen politischen Opportunismus zu verschleiern. Die Kantone sind kein Hindernis: Sie sind die Säulen, auf der unsere Eidgenossenschaft steht.

Sie sind Ständerat des Kantons Tessin. Das Ständemehr ist ja ein Machtausgleich zwischen bevölkerungsstarken und -schwachen Kantonen. Ist es nicht unfair, wenn ein Züricher politisch gleich viel Gewicht hat wie ein Appenzell-Innenrhödlar?

Nein, das ist ganz richtig. Das ist der Kern des Föderalismus: zu verhindern, dass die grossen Kantone und die grossen Städte dem Rest des Landes etwas vorschreiben. Diejenigen, die die Kantone ausgrenzen wollen, wollen das Gleichgewicht zerstören, das die Schweiz zu einer echten Eidgenossenschaft macht.

Die Diskussion um das Ständemehr ist wieder neu aufgeflammt, wird es in absehbarer Zeit abgeschafft?

Wer von einer Schweiz ohne Volksabstimmungen träumt, ist im falschen Land. Die direkte Demokratie ist Teil unserer Identität. Aber es ist offensichtlich: Es gibt Leute, die sich vom Volk gestört fühlen und lieber technokratische Regierungen und Entscheidungen in

den Korridoren von Brüssel hätten. Das wird nicht passieren. Solange wir da sind, wird das nie passieren.

Wenn wir die bereits bekannten Eckwerte der EU-Verträge anschauen wie die dynamisch-automatische Rechtsübernahme und die Überwachung unserer Referendums-Demokratie durch EU-Richter, indem sie beurteilen, ob unsere Volksentscheide mit dem EU-Binnenmarktrecht vereinbar sind oder nicht, betrifft das doch die Bundesverfassung?

So viel zum Thema Einflussnahme. Es bedeutet, unsere direkte Demokratie fremden Richtern zu unterwerfen. Es bedeutet, Souveränität und Unabhängigkeit aufzugeben und zu akzeptieren, dass Brüssel uns bestraft, wenn das Volk etwas entscheidet, was der EU nicht gefällt.

Das Parlament hat noch die Möglichkeit, den Bundesrat zu korrigieren und das obligatorische Referendum zu beschliessen. Gibt es dafür eine Chance?

Ja. Und wir müssen es tun. Das Parlament hat die Pflicht, diesen Irrweg zu stoppen. Ohne obligatorisches Referendum wird unsere Demokratie zur Farce. Wer unser Land liebt, kann den unglückseligen Vorschlag des Bundesrats nicht im Parlament ratifizieren, sondern muss die Souveränität und Freiheit der Schweiz verteidigen.

Diejenigen, die die Kantone ausgrenzen wollen, wollen das Gleichgewicht zerstören, das die Schweiz zu einer echten Eidgenossenschaft macht.

Kia Sportage 4x4

Absolut überzeugend.

Jetzt profitieren:
**0,99%* Leasing und
CHF 4500.-** Prämie!**



Movement that inspires

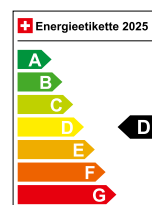


Mehr erfahren.



emilfrey.ch

Abgebildetes Modell: Kia Sportage Power Edition 1.6 T-GDi PHEV 4x4 aut., CHF 43'950.-, Prämie von CHF 4500.- und Plug-in Hybrid-Prämie von CHF 2000.- bereits abgezogen. Design Pack CHF 1950.-, Metallic-Lackierung CHF 790.- (Two Tone ist nicht mit Wolf Gray erhältlich) (inkl. MwSt.), 1.2l/100 km, 16.9 kWh/100 km, 24 g CO₂/km, Energieeffizienzklasse D. Sportage 1.6 T-GDi MHEV man., CHF 29'950.-**, 6.9l/100 km, 157 g CO₂/km, Energieeffizienzklasse F. **Prämie von CHF 4500.- bereits abgezogen. Angebot gültig bis 30.6.2025 oder solange Vorrat (bei teilnehmenden Kia Partnern). *Rechnungsbeispiel 0,99% Leasing: Kia Sportage 1.6 T-GDi MHEV Schaltgetriebe, CHF 29'950.-, Prämie von CHF 4500.- bereits abgezogen. Leasingrate CHF 209.- monatlich, Leasingzins 0,99%, eff. Leasingzins 0,99%, Laufzeit 36 Monate, 10'000 km/Jahr, Sonderzahlung CHF 7487.- (nicht obligatorisch), obligatorische Vollkasko nicht inbegriffen, Leasingpartner ist die MultiLease AG. Eine Leasingvergabe wird nicht gewährt, wenn sie zur Überschuldung der Konsumentin oder des Konsumenten führt. Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagen: 113 g CO₂/km nach neuem Prüfzyklus WLTP. Angebot gültig bis 30.6.2025 oder solange Vorrat (bei teilnehmenden Kia Partnern).





Gregor Rutz

Nationalrat, Mitglied
Staatspolitische
Kommission, Zürich

Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Verfassung hinterrücks ausgehebelt wird



Wie wird das Parlament entscheiden in dieser Frage? Wird es zulassen, dass wir einer «dynamischen Rechtsübernahme» zustimmen und das Gericht der Europäischen Union als letzte Instanz akzeptieren? Wann befassen sich National- und Ständerat mit diesen Fragen?

Die neuen EU-Verträge kommen erst nächstes Jahr ins Parlament. Diesen Sommer findet zunächst eine Vernehmlassung statt. Daraufhin erarbeitet der Bundesrat eine Botschaft. Diese Vorlage wird im Parlament zu engagierten Debatten führen. Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Verfassung hinterrücks ausgehebelt wird. Leider wird das Parlament wohl mehrheitlich zustimmen. Umso wichtiger ist es, dass Volk und Stände über die Verträge befinden können, denn diese tangieren unser föderalistisches Staatssystem direkt.

Die neuen EU-Verträge sind umstritten. Die einen sagen, sie seien wichtig, um die Beziehungen der Schweiz zur EU zu stabilisieren. Die anderen argumentieren, die Verträge würden die Souveränität der Schweiz empfindlich schwächen. Wie sehen Sie dies als Mitglied der Staatspolitischen Kommission?

Mit den neuen Abkommen will die EU die Schweiz institutionell einbinden. Das würde unser Staatssystem auf den Kopf stellen. In der Schweiz gehen die Kompetenzen historisch von den Kantonen aus. Die Gemeindeautonomie ist für uns enorm wichtig. Die EU funktioniert anders: Entscheide erfolgen zentral, Volksabstimmungen gibt es nicht. Das Parlament würde massiv geschwächt und verkäme zur Garnitur. Dies haben viele Parlamentarier wohl noch nicht begriffen.

Was können wir tun, damit unsere direkt-demokratischen Rechte nicht an Brüssel verscherbelt werden?

Niemand würde privat einen Vertrag unterschreiben, bei dem man alle «dynamischen Weiterentwicklungen» stillschweigend akzeptiert? Darum gibt es nur ein klares Nein zu diesen Abkommen. Solche Verträge würden Gemeinden und Kantone entmachten, aber auch die direkte Demokratie faktisch ausser Kraft setzen. Ich bin überzeugt: Eine Mehrheit der Stimmbürger und der Kantone wird diese EU-Verträge ablehnen! Dafür werde ich in den kommenden Monaten kämpfen.



Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Verfassung hinterrücks ausgehebelt wird.



Werner Gartenmann

Geschäftsführer
Pro Schweiz

Wer soll das letzte Wort haben?

«Nehmen, geben; Güterabwägung; was bleibt unter dem Strich?» Das sind in vielen Lebensbereichen entscheidende Fragen. Auch in der Politik.

Binnenmarkt!

Die EU hat einen Binnenmarkt geschaffen. Was ist ein Binnenmarkt? «Ein Binnenmarkt ist die Bezeichnung für den Wirtschaftsraum eines Landes oder mehrerer Länder, in dem Produkte, Dienstleistungen und Kapital frei gehandelt werden und die darin lebenden Menschen ihren Arbeitsplatz frei wählen können.» (Finanzlexikon, handelszeitung.ch). Damit ein Binnenmarkt funktioniert, müssen einheitliche Regeln gelten. Diese Regeln werden überwacht und durch Behörden wie Gerichte durchgesetzt. Alles klar.

Gericht!

Das EU-Binnenmarktrecht wird vom EU-Gerichtshof, Abkürzung EuGH, mit Sitz in Luxemburg, kontrolliert und durchgesetzt, indem er seine Rechtsprechung («Auslegung») auf die grundlegenden EU-Verträge ausrichtet. Das gilt auch für das EU-Binnenmarktrecht. Logisch. Da die EU ein Regelwerk weit über die notwendigen Voraussetzungen für einen Binnenmarkt erlassen hat und den Rechtsbestand rasch weiterentwickelt, greift das Binnenmarktrecht in die nationalen Gesetzgebungen ein. Der Souveränitätsverlust hat folgenschwere Auswirkungen auf die Souveränität, Gesetzgebung und Gewaltenteilung der Staaten. Deshalb kommt dem Markt eine enorme politische Bedeutung zu: «Der Binnenmarkt ist einer der Eckpfeiler der EU-Integration.» (www.europa.parl.eu). Der EU-nahe Professor Matthias Oesch (Uni Zürich) stellt in der NZZ vom 3.2.2025 fest, das EU-Recht «durchdringt das schweizerische Recht mittlerweile in seiner ganzen Breite und Tiefe». Mit Blick auf das neue EU-Abkommen räumt Oesch ein, dass der Schritt institutionell ein beachtlicher sei.

Gewaltenteilung!

Die Schweiz ist weder Mitglied der EU noch des EWR. Sie entschied sich bisher für einen möglichst grossen sou-

veränitätspolitischen Handlungsspielraum. Dieser Weg ist erfolgreich. Der Spielraum für die Gesetzgebung und die verfassungsmässigen politischen Rechte des Volkes wird eng. Der Spagat zwischen Nicht-Mitgliedschaft und möglichst hoher Einbindung in den Binnenmarkt wird zur schmerzhaften Dehnungsübung. Das Paradebeispiel ist die Personenfreizügigkeit. Auch wenn das Pro-Lager gebetsmühlenartig das Gegenteil behauptet, der Wohlstand, die Umwelt und die Gesellschaft leiden unter der EU-Zuwanderung. Das Bundesgericht stellt fest: «Für das Bundesgericht hat die Freizügigkeit mit der EU unbedingten Vorrang.» (NZZ, 28.04.2025). Die Gewaltenteilung in der Schweiz kommt ins Rutschen. Die Schweizer «Verfassungsväter» haben stets die Bundesversammlung als Gesetzgeber gegenüber der Regierung und dem Bundesgericht gestärkt. Deshalb gibt es auch kein Verfassungsgericht. Gewaltig ins Rutschen kommt die direkte Demokratie. Mit dem neuen EU-Vertragspaket wird der Personenverkehr ausgebaut. Die Gleichstellung von Schweizern und EU-Personen vor den Schweizer Sozialversicherungen wird Realität. Neue EU-Regelungen in der Freizügigkeit werden wir trotz «Pro-Forma-Referendum» übernehmen müssen. Zu hoch wird der Druck, das Drohpotenzial des EU-Binnenmarktes sein. Die Richter in Luxemburg werden den Schweizer Gesetzgeber und Volksentscheide korrigieren – paritätisches Schiedsgericht hin oder her. Beim EU-Binnenmarktrecht ist im Streitfall immer die Auslegung des EuGH verbindlich.

EU-Gericht!

Man mag sanft sein und nicht von «fremden Richtern» sprechen, weil man im vom EuGH überwachten EU-Binnenmarkt «bevorzugt» (präferenziell) mitmachen will. Aber sie bleiben Richter der Gegenpartei: «Der EuGH gewährleistet, dass das EU-Recht in allen EU-Mitgliedsländern auf die gleiche Weise angewendet wird, und sorgt dafür, dass die EU-Länder und EU-Institutionen das EU-Recht einhalten.» (european-union.europa.eu). Im Vertrag über die Europäische Union (EUV), Artikel 19, steht: «(1) Der Gerichtshof der Europäischen Union ... sichert



Quelle: (Bild: Gerichtshof der Europäischen Union)

EU-Richter werden direkten Zugriff auf unsere Gewaltenteilung erhalten

die Wahrung des Rechts bei der Auslegung und Anwendung der Verträge. (3) Der Gerichtshof der Europäischen Union entscheidet nach Massgabe der Verträge.» Und: «Vielmehr und darüber hinaus ist er durch eine dezidiert proeuropäische Rechtsprechung zum «Motor der Integration» geworden.» (Höppner Martin im Berliner Journal für Soziologie 21, 203-229). Der ehemalige EuGH-Richter Romain Schintgen: «Es ist eine grosse Genugtuung, an der europäischen Integration teilgenommen zu haben.» (Luxemburger Tageblatt, 12.01.2008).

Eigentlich ist dieser Sachverhalt auch für uns Laien klar, verständlich und nachvollziehbar.

Harmlos?

Wer das neue Vertragspaket verharmlost – Beispiel: Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter, Die Mitte: «Wer liest diese tatsächlich? Entscheidend ist nicht, ob man 1500+ Seiten gelesen hat – sondern ob man bereit ist, sich sachlich und lösungsorientiert mit der Zukunft der Schweiz in Europa auseinanderzusetzen.» (X-Post, 4.5.25, 15:08) – ergibt sich einer verblendeten EU-Euphorie hin. Wer «sachlich und lösungsorientiert» han-

delt, stellt die Gewaltenteilung, die Volksrechte und den Föderalismus der Schweiz an erste Stelle und beurteilt dann, wie weit diese Erfolgsfaktoren zugunsten eines «bevorzugten Marktzutritts» geritzt werden dürfen. Wer behauptet, der «1000-Seiten-Vertrag» habe keinen Verfassungsrang und keine Folgen für den Staatsaufbau Schweiz, ist ein Hasardeur oder ist auf einen lukrativen Job in Brüssel «scharf».

1291!

Die EU hat weder die Demokratie, die Gewaltenteilung noch die Subsidiarität weiterentwickelt. Ihre Regulierungsmacht unter dem Deckmantel «Binnenmarkt» zeigt bedenkliche Bewegungen in Richtung einer autoritären Politik. Der EuGH sichert diesen Weg ab. Er ist längst kein Gericht mehr, sondern eine politische Instanz. Die Entwicklung in der EU, aber auch in der Schweiz geht Richtung Richterstaat, welcher den Gesetzgebungsstaat übersteuert. «Wir haben auch einhellig gelobt und festgesetzt, dass wir in den Tälern durchaus keinen Richter ...». So steht es im Bundesbrief von 1291.

Nebelspalter

— Gegründet 1875 —

76 Prozent der Journalisten sind links.* Wir nicht.

*Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), 2024

Unterstützen Sie Journalismus für den gesunden Menschenverstand.
Jetzt Abo lösen und von 50 Prozent Rabatt profitieren.
Geben Sie beim Zahlungsprozess den Rabattcode ProSchweiz ein.



www.nebelspalter.ch/abo



Lukas-Fritz Hüppin
Kantonsrat Schwyz und
Kassier Pro Schweiz

1291 verpflichtet – das Ständemehr braucht Rückgrat

«Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr. Wir wollen frei sein, wie die Väter waren, eher den Tod, als in der Knechtschaft leben.»

Dieser Satz aus dem Schwyzer Bundesbrief von 1291 ist mehr als ein historisches Dokument. Er ist das Versprechen eines freien Zusammenschlusses selbstbestimmter Eidgenossen. Dieses Versprechen, geboren aus dem Geist der Unabhängigkeit, ist heute aktueller denn je.

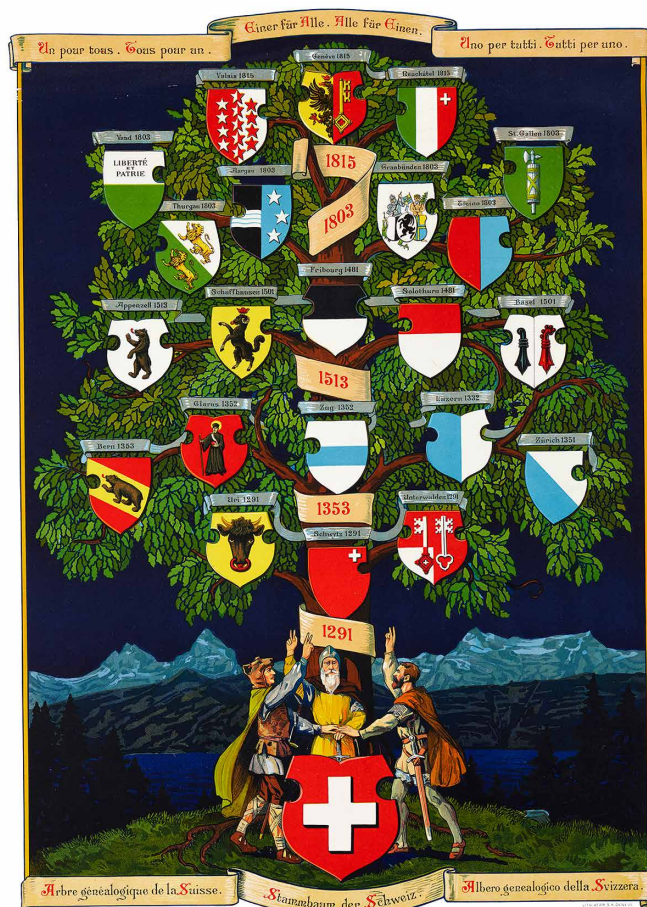
Das geplante institutionelle Abkommen mit der EU stellt diesen Grundsatz infrage. Dynamische Rechtsübernahme, fremde Richter, drohende Ausgleichsmassnahmen – all das greift tief in unser demokratisches Selbstverständnis ein. Besonders betroffen wäre unser Föderalismus – konkret die Kantone, deren Mitbestimmung massiv geschwächt würde.

Der Regierungsrat des Kantons Schwyz hat diese Gefahren in seiner Stellungnahme zum Postulat P 19/24, welches eine Standesinitiative für das zwingende Ständemehr beim geplanten Unterwerfungsvertrag mit der EU fordert, zwar durchaus erkannt. Er teilt die inhaltlichen Bedenken, spricht sich aber aus formellen Gründen gegen eine Standesinitiative aus.

Schwyz war 1291 bereit, Verantwortung zu übernehmen. Aus diesem Geist heraus wurde der Bundesbrief unterzeichnet, der die Grundlage für unsere direkte Demokratie und den Föderalismus bildet. Gerade in einer

Situation, in der unsere staatliche Souveränität zur Verhandlungsmasse wird, braucht es eben gerade wieder die Urkantone, die sich Gehör verschaffen.

Das Ständemehr ist kein formales Relikt. Es ist ein lebendiger Ausdruck der Gleichwertigkeit aller Kantone. Es schützt Minderheiten, sichert das Gleichgewicht zwischen Stadt und Land und bewahrt die Vielfalt, die unsere Schweiz ausmacht. In dieser weitreichenden und einschneidenden Frage gilt es nicht «nur» das Volk als Ganzes zu befragen, man muss auch den Ständen ihr demokratisches Gewicht zugestehen.



Stammbaum der Schweiz



Besonders betroffen wäre unser Föderalismus – konkret die Kantone, deren Mitbestimmung massiv geschwächt würde.



Politagentur.ch GmbH

Umsetzer – nicht nur Berater!

www.politagentur.ch | www.polit-plattform.ch



Podcast Studio

Podcasts sind das neue Fernsehen – investieren Sie in diesen Trend! Wir produzieren mit Ihnen TV-Sendungen in unserem brandneuen Filmstudio in Sursee (LU) in bester Qualität. Mit Podcasts können Sie viele Social Media-Plattformen gleichzeitig bespielen und so Ihre Reichweite erhöhen. Setzen Sie als Politiker, Organisation oder Partei auf dieses beliebte Format – wir unterstützen Sie gerne dabei!



Virale Kurzvideos

Wer heute von einer breiteren Bevölkerungsschicht wahrgenommen werden will, kommt um eine Social Media-Strategie nicht mehr herum. Besonders beliebt sind dabei Videos, insbesondere die sog. «Reels», die auf Plattformen wie Instagram oder TikTok im Vergleich zu anderen Inhalten die grösste Beachtung erhalten. Wir produzieren für Sie solche Kurzvideos und sagen Ihnen, auf was es ankommt, damit Sie mit Ihrer Botschaft viral gehen.



Strategie

Wir arbeiten mit Ihnen einen Plan aus, der dazu dient, das definierte Ziel zu erreichen.



Planung

Wir bestimmen gemeinsam mit Ihnen konkrete Handlungsschritte.



Umsetzung

Was wir strategisch und planerisch erarbeitet haben, setzen wir um.

Kontakt

Sie wünschen eine Offerte, einen Besprechungstermin oder haben eine Frage zu einem Angebot? Dann nehmen Sie jederzeit mit uns Kontakt auf:



info@politagentur.ch



+41 41 490 10 36



Anian Liebrand

Inhaber & Geschäftsführer



Aktion Balkonfahne

Es zeichnet sich ab, dass wir in der ersten Jahreshälfte 2026 über die Neutralitätsinitiative abstimmen werden. Höchste Zeit, Flagge zu zeigen. Für unsere schweizerische Neutralität. Der 1. August ist unser Bundesfeiertag. Nutzen wir den Tag für ein starkes Zeichen – für die bewaffnete, immerwährende und umfassende Neutralität der Schweiz. Bestellen Sie die Fahnen auf <https://proschweiz.ch/shop/>. «5 Franken pro Fahne fliessen in die Abstimmungskasse!» – Danke.

Wenn Du den Abstimmungskampf aktiv unterstützen willst, melde Dich:
aktion@proschweiz.ch

Besuche unseren Webshop !



Shop
Pro Schweiz

Nicht verpassen

Samstag, 5. Juli 2025, 11.00 Uhr

Mehrzweckhalle, Kasernenstrasse 15, 3014 Bern

Christoph Blocher spricht zum 150. Todestag:



Guillaume Henri Dufour
General, Kartograf,
Mitbegründer des Roten Kreuzes

**«Guillaume
Henri Dufour
und seine
Bedeutung
für die Schweiz»**

Türöffnung: ab 10.00 Uhr – **Gratis-Parkplätze** vorhanden –
Ab HB Bern: Tramlinie 9 ist wegen Baustelle unterbrochen.
Ersatzlinie: Informieren Sie sich frühzeitig
auf www.bernmobil.ch oder Tel. 031 321 88 44.

Im Anschluss an die Veranstaltung wird ein kleiner Imbiss offeriert.
Jedermann ist herzlich eingeladen.

Weitere Informationen: info@dufour150.ch – Tel. 031 356 27 27
Dufour150, Postfach, 3822 Lauterbrunnen

Agenda



Angaben von der
Agenda auf
www.proschweiz.ch

Ihr Inserat im Pro Schweiz «Aktuell»



Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra
Aktuell

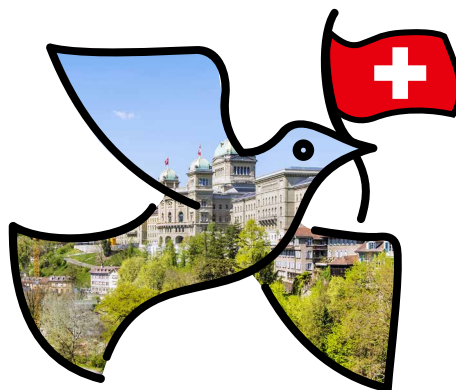
Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
Pro Schweiz-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied
PIKOM-Mitglied

079 332 61 61

markus.rezzonico@dietschi.ch



Neutralitätsinitiative

Bitte teilen Sie uns auf info@proschweiz.ch
Ihre E-Mail-Adresse mit. Damit können wir
Sie auf dem Laufenden halten. Wir halten
uns strikt an die Datenschutzvorgaben und
geben die Adressen nicht an Dritte weiter.

Mitmachen!
 liken, teilen, gefällt mir,
abonnieren!



Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra

Postfach, 3822 Lauterbrunnen
Tel. 031 356 27 27, info@proschweiz.ch
www.proschweiz.ch